

Medienmitteilung

Basel, 16.05.2018

Gewerbe verdrängen? Bevölkerung soll entscheiden

Die Mehrheit des Grossen Rats hat heute trotz Widerstand den Ratschlag VoltaNord (Lysbüchel) verabschiedet. Dieser führt zu einer weiteren Vertreibung des Gewerbes aus der Stadt. Der Gewerbeverband Basel-Stadt wird zusammen mit den Parteien FDP und SVP sowie diversen Branchenverbänden das Referendum gegen diesen Beschluss ergreifen.

Die baselstädtischen Flächen in der Gewerbe- und Industriezone (Zone 7) nehmen kontinuierlich ab und machen gerade noch gut drei Prozent der Kantonsfläche aus. Von den wenigen Wirtschaftsarealen eignet sich der Lysbüchel am besten für emissionsstarkes Gewerbe und Industriebetriebe. Mit dem heutigen Ja zum Ratschlag VoltaNord hat der Grosse Rat entschieden, dass mitten in diese bestehende Gewerbe- und Industriefläche eine Wohnnutzung gebaut werden soll.

Zuerst Potential an anderen Orten nutzen

«Dass die Mehrheit des Parlaments diese Fehlplanung der SBB Immobilien und des Kantons Basel-Stadt unterstützt, ist enttäuschend», sagt Gewerbedirektor Gabriel Barell. Auch ein Kompromissvorschlag fand keine Mehrheit. Durch die mangelhafte Trennung von Wohnen und emissionsstarkem Gewerbe sind Nutzungskonflikte vorprogrammiert. «Dies führt einerseits zur weiteren Vertreibung der Unternehmen vom Lysbüchel, andererseits sind dadurch auch Firmen der angrenzenden Areale bedroht.»

Anstatt die beste Wirtschaftsfläche des Kantons zu zerstören, sollte das Potential für mehr Wohnraum an anderen Standorten konsequent und rasch umgesetzt werden. Zum Beispiel auf dem Klybeckareal, dem Dreispitz Nord, dem Rosentalareal, mit Massnahmen zur inneren Verdichtung oder mit einer Neuauflage der Stadtrandentwicklung Ost. Mitten im Lysbüchel – neben Kehrrichtverbrennungsanlage, Chemiefirma und Lastwagenverkehr – ist nicht der richtige Ort für eine Wohnnutzung.

Keine Verdrängung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen

«Eine attraktive Stadt braucht Platz und Entwicklungspotenzial für emissionsstärkeres Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe», sagt Gewerbedirektor Gabriel Barell. Von den Arbeitsplätzen, den nahen Servicedienstleistungen, den kurzen Wegen und den Steuereinnahmen profitieren die Bevölkerung und die Umwelt. «Der heutige Entscheid des Parlaments ist aber letztendlich ein Entscheid für die Verdrängung der Unternehmen aus der Stadt», erklärt Gewerbedirektor Barell.

Referendum nötig

Der Entscheid, ob wir eine lebendige Stadt mit nahen Dienstleistungen wollen, ist elementar. Deshalb muss die Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, über die Zukunft des Lysbüchels zu entscheiden. Der Gewerbeverband Basel-Stadt ergreift deshalb das Referendum gegen den heutigen Grossratsbeschluss. Die Parteien FDP und SVP sowie diverse Branchenverbände haben erfreulicherweise ihre Unterstützung bereits zugesagt.

Weitere Auskünfte

Gabriel Barell

Direktor Gewerbeverband Basel-Stadt

Telefon 061 227 50 10

Patrick Erny

Leiter Politik Gewerbeverband Basel-Stadt

Telefon 061 227 50 73

Gewerbeverband Basel-Stadt

Elisabethenstrasse 23, Postfach 332, CH-4010 Basel

Telefon 061 227 50 50, Telefax 061 227 50 51

Medienstelle Telefon 061 227 50 57, Fax 061 227 50 56

www.gewerbe-basel.ch